

Nr. 192
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush
Camp David, 24. Februar 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 113–138. – Vermerk des VLR I Kaestner, 27. Februar 1990. Erste von 2 Ausfertigungen. Az. 212 – 30132 A 5 – Am 15/4/90. Geheim. – Mit Vorlage des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler (Az. 212 – 30132 A 5 – Am 15/3/90. Geheim): „Hiermit lege ich einen Vermerk über o.a. Gespräch vor. Ich erbitte Ihre Zustimmung, daß die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung auszugswise unterrichtet werden.“ Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik“, zur auszugswisen Unterrichtung der Bundesminister: „Ja“. – Gesprächsdauer: 14.30 bis 17.00 Uhr.

Teilnehmer

- auf amerikanischer Seite:
 - Präsident George Bush
 - Außenminister James Baker
 - Sicherheitsberater Brent Scowcroft
 - Botschafter William Blackwill¹ (Note taker)
 - Dolmetscherin Frau Gisela Marcuse
- auf deutscher Seite:
 - Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
 - MD Horst Teltschik
 - MDg Dr. Walter Neuer
 - VLR I Dr. Uwe Kaestner (Note taker)
 - Dolmetscherin Frau Gisela Siebourg

Präsident Bush begrüßt den Herrn Bundeskanzler als alten Freund und drückt seine Freude aus, in informeller Runde hier in Camp David mit ihm zusammenzutreffen².

Der Bundeskanzler dankt für die freundschaftliche Einladung in das Landhaus des Präsidenten sowie für den Beweis der Freundschaft, den der Präsident ihm mit seinem Brief³ am Vorabend seiner Moskau-Reise erwiesen habe. Dieses Schreiben werde als eines der großen Dokumente der deutsch-amerikanischen Freundschaft in die Geschichte eingehen. Desgleichen danke er Außenminister Baker für seine Moskauer Gesprächsführung.

Die deutsch-amerikanische Freundschaft – so der Bundeskanzler weiter – sei heute wichtiger als vor 30 oder 40 Jahren – sie sei existentiell.

In der Sowjetunion vollzögen sich gewaltige Veränderungen. Selbst wenn man Gorbatschow stürzen würde, werde ein Nachfolger nach kurzer Zeit eine im Prinzip ähnliche Politik wie Gorbatschow führen müssen – der Zwang der Entwicklung gehe dahin. Es gebe kein Zurück zu Stalin – es gebe insbesondere in Europa keinen Platz des Himmlischen Friedens. Zwar sei es immer noch theoretisch möglich, daß in Dresden, Budapest oder Warschau Panzer aufführen – dies werde aber unabsehbare Konsequenzen haben. Die Welt sei darüber hinausgegangen. Dazu trage nicht zuletzt das Medienzeitalter bei (Exkurs: Radio London im Zweiten Weltkrieg, West-Sender in der DDR).

Präsident Bush wirft ein, man lebe in der Tat heute in einer anderen Welt.

Der Bundeskanzler erinnert daran, daß er vor etwas über einem Jahr dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Rakowski vorausgesagt habe, er und seine Partei seien am Ende – wenn der Papst komme, ströme eine Million Menschen zusammen. Und man könne nicht neben jeden polnischen Katholiken einen Polizisten stellen.

1 Vermutlich gemeint: Robert D. („Bob“) Blackwill (Teltschik, 329 Tage, 159).

2 Zu dem Treffen: Gesprächsrahmen, Punktation für Gesprächsführung und Gesprächsführungsvorschläge zu Einzelthemen; BK, 212 – 30104 A 5 Am 2, BK in USA, 24./25.2.1990, Gesprächsmappen.

3 Nr. 170.

Der Aufbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa werde weitergehen. Die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn würden sehr rasch ihren Lebensweg in westlichem Sinne einrichten. Bulgarien und Rumänien würden folgen. Europa gewinne eine neue Dimension.

Bis zum 31. Dezember 1992 werde die Europäische Gemeinschaft den großen Markt vollenden. Dies werde eine dynamische Entwicklung mit sich bringen.

Die Forderung, die europäische Integration voranzutreiben, um mit dem Prozeß der deutschen Einigung Schritt zu halten, nehme zu. Seltsam sei nur, daß die Ratschläge gerade von denen kämen, die bisher immer gebremst hätten.

Er – der Bundeskanzler – sei sehr für eine Beschleunigung der europäischen Integration. Dem 1994 zu wählenden Europäischen Parlament müßten wesentlich mehr nationale Kompetenzen übertragen [werden], als sie das heutige habe. Kurzum: Wenn der Weg zur deutschen Einigung die europäische Integration beschleunige, dann sei er sehr froh darüber. Dies werde auch Folgen für die Währungsunion in Europa haben. Die wichtigsten Entscheidungen hierzu würden zwischen 1992 – der Vollendung des Binnenmarktes – und 1994 – der Wahl des nächsten Europa-Parlaments – fallen müssen.

Die Beziehungen EG–USA seien von allergrößter Bedeutung, die Zusammenarbeit müsse immer enger gestaltet werden.

In den 90er Jahren werde es auch eine Annäherung der EG zu den heutigen EFTA-Ländern sowie zu den östlichen Nachbarn, etwa Polen, geben. Vorstellbar sei auch eine Entwicklung, wie sie Staatspräsident Mitterrand mit der „Konföderation europäischer Staaten“ angesprochen habe. Unser Interesse müsse sein, dabei in enger Kommunikation mit den USA vorzugehen.

Fragen richteten sich in diesem Zusammenhang natürlich auch an die Deutschen. In der geographischen Mitte Europas, mit dann 80 Millionen Einwohnern, als wirtschaftliche Nummer 1 müsse man besonders sorgsam mit den psychologischen Problemen umgehen. Was viele fürchteten, sei in Wahrheit nicht das deutsche Militär, sondern die Wirtschaftskraft und das Forschungspotential – nach den USA gleichauf mit Japan – unseres Landes. Es gebe Ängste aus der Geschichte. Wir müßten sie ernst nehmen und auf die anderen Länder zugehen. Insbesondere müßten alle sehen, daß die Deutschen die europäischsten Europäer sind!

Psychologisch ganz entscheidend und wichtig für die Beziehungen D/F sei außerdem, daß wir – im Gegensatz zu F – keine Atommacht seien und auch nicht werden wollten.

Gerade vor diesem psychologischen Hintergrund sei außerordentlich bedeutsam, daß die Beziehungen D/USA intakt seien – dies helfe auch, den Ängsten zu begegnen. Kurzum – die deutsch-amerikanischen Beziehungen müßten so eng wie möglich geknüpft werden, insbesondere auch durch die Begegnung der jungen Generationen.

Die Entwicklung zur deutschen Einheit – so der Bundeskanzler weiter – vollziehe sich mit einer Dramatik, die er selbst sich nicht hätte vorstellen können. Zwar habe er nie die Überzeugung geteilt, daß das kommunistische Regime stabil sei, dennoch aber auch nicht geglaubt, daß die DDR wie ein Kartenhaus zusammenbrechen könnte.

Wichtig sei jetzt, die Lage zu stabilisieren, damit die Dinge nicht mit Hektik geschähen, sondern man Zeit zu vernünftiger Überlegung und Handlung gewinne.

Präsident Bush pflichtet bei.

Der Bundeskanzler fährt fort, genau dies habe er mit seinem 10-Punkte-Plan versucht – dieser sei aber durch die Entwicklung bereits überholt. Die psychologische Lage in der DDR sei bis Weihnachten 1989 stabil gewesen, seit Jahresanfang aber leide die Regierung Modrow an zunehmendem Autoritätsverlust, insbesondere habe sie nicht verstanden, Vertrauen zu schaffen. Die Übersiedlerzahlen schnellten deshalb in die Höhe. 1989 seien 350 000 gekommen, davon 200 000 unter 30 Jahren – junge, qualifizierte Leute. Diese fehlten natürlich an ihren Arbeitsplätzen – und dies schaffe eine katastrophale Situation. In den sieben Wochen

seit Jahresbeginn seien über 100 000 zu uns gekommen – umgerechnet auf die Verhältnisse der USA sei dies die Einwohnerzahl von Philadelphia.

Wenn die Entwicklung so weiterlaufe, sei der Schaden nicht reparabel. Die Produktivität der Industrie sei katastrophal zurückgegangen, DDR-Betriebe verrechneten untereinander mit DM, die Prozesse gegen frühere Führungspersönlichkeiten – und bis hinunter zur lokalen Ebene – hätten eine verheerende psychologische Wirkung.

Kurzum, es gelte, die Übersiedlungswelle zu stoppen und die Leute zum Bleiben zu veranlassen.

Deshalb habe er vor drei Wochen gefordert, die Wirtschaftsreform in der DDR sofort durchzusetzen, und angeboten, eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Darüber werde jetzt verhandelt. Dann werde das am 18. März zu wählende neue Parlament rasch entscheiden müssen.

Die Modrow-Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, aber zusätzlich einen größeren Geldbetrag gefordert, den sie in den Staats- und Wirtschaftsapparat pumpen wolle. Dies aber werde er – der Bundeskanzler – nicht mitmachen. Wohl aber werde man im humanitären Bereich helfen (Krankenhausrichtungen usw.) und Infrastrukturmaßnahmen vorfinanzieren (Telefonnetz, Umweltschutzmaßnahmen, Reaktorsicherheit).

Alle Parteien, die sich jetzt in der DDR zur Wahl stellten, seien für die Einführung der Marktwirtschaft. Nach der Wahl müsse dann aus der Bundesrepublik Deutschland auf zwei Feldern finanziell sofort geholfen werden:

- Anstoßfinanzierung für das Rentenversicherungssystem und
- Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung

(Exkurs: Vergleich der Beschäftigtenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR).

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei überzeugt, wenn man den Menschen in der DDR vernünftige Bedingungen gebe – Gewerbefreiheit, Privateigentum, Investitionsschutz, harte DM –, dann werde die DDR in 3–5 Jahren auf die Beine kommen. Es werde einen großen Investitionsschub geben, der nicht nur Deutschland, sondern der EG insgesamt zum Vorteil gereiche. Nicht vergessen dürfe man, daß z.B. Thüringen und Sachsen traditionelle Industrieregionen Deutschlands seien. Ungefähr 5000 Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland – vom Großunternehmen bis zum kleinen Betrieb – stünden in den Startlöchern und können in vier Wochen mit Investitionsvorhaben in die DDR gehen.

Präsident Bush erkundigt sich, ob die großen Gesellschaften in der DDR allesamt verstaatlicht sind.

Der Bundeskanzler bestätigt dies – Privatbetriebe dürften nur bis 10 Leute haben.

AM Baker bittet um weitere Einzelheiten zur Währungsunion.

Der Bundeskanzler betont, gerade hierbei müsse man schnell handeln. Die DDR-Währung müsse umgestellt und das Währungsgebiet der Deutschen Bundesbank unterstellt werden. Parallel dazu müsse man ein Bankensystem aufbauen – dies alles sei lösbar!

Nicht zuletzt biete die Entwicklung in der DDR auch für die Bundesrepublik Deutschland eine große Chance, aus ihrer wohlgeordneten Bürokratie und Satttheit herauszukommen und sich wieder einer großen Aufgabe zu verschreiben (Exkurs: Engagement von CDU-Wahlhelfern, Wahlveranstaltungen in Erfurt und anderen Städten der DDR). Er selbst habe 1948 – damals 18jährig – dieselbe Aufbruchsstimmung, dieselbe Ursprünglichkeit erlebt.

Auch auf anderem Gebiet könne die Bundesrepublik Deutschland gewinnen, etwa durch das Beispiel der Kirchen in der DDR.

Nach den Volkskammerwahlen werde ein zweites wichtiges Thema angepackt, die Wiederherstellung der Länder in der DDR. Deren Abschaffung sei Ulbrichts größter Fehler gewesen – heute wolle die überwiegende Mehrheit der Menschen in der DDR sofortige Wiederherstellung. Auch er – der Bundeskanzler – sei sehr dafür, denn auf keinen Fall wolle man

einen künftigen deutschen Zentralstaat, sondern eine „Bundesrepublik“. Dies sei für alle Nachbarn, vor allem auch für die Franzosen und Polen wichtig.

Auf dem Weg zur deutschen Einheit müsse man – so der Bundeskanzler – weiter auf zwei Schienen vorangehen, beide von gleichem Gewicht und miteinander aufs engste verknüpft:

- deutsch-deutsche Verhandlungen und
- internationaler Rahmen.

Hierzu gehöre die Europäische Gemeinschaft: Sie werde – obwohl dies nicht alle gern sähen – um die DDR erweitert werden. Er selbst werde alles tun, um die politische Integration voranzubringen. Denn je mehr die Deutschen politisch integriert seien, desto weniger Grund für Ängste gebe es.

Sodann die Grenzfrage – in Wahrheit sei sie kein großes Problem, sie sei lösbar, es gehe nur um die Methode. Unter Freunden und mit aller Offenheit sage er: Wenn es eine Volksabstimmung gäbe, würden sich in der Bundesrepublik Deutschland 85% oder mehr der Bevölkerung für die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze aussprechen. Die anderen 15% bzw. 10% seien nicht automatisch gegen die Grenze, man müsse vorsichtig differenzieren.

Gestern habe er lange mit Ministerpräsident Mazowiecki telefoniert.⁴ Dieser habe ihm ausführlich über die psychologischen Gegebenheiten in Polen berichtet. Dazu habe er – der Bundeskanzler – ihm gesagt, daß auch er ein psychologisches Problem habe. Dies habe damit zu tun, daß Polen in Jalta zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben worden sei und 12–13 Millionen Deutsche ihre Heimat verloren hätten, weitere 2 Millionen seien auf der Flucht und Vertreibung umgekommen. Das Problem sei nicht die Grenze, sondern die Psychologie der Menschen. Tatsache sei auch, daß sowohl in den alliierten Nachkriegsvereinbarungen als auch in den von seinen – des Bundeskanzlers – Vorgängern unterschriebenen Verträgen die endgültige Grenzregelung einem Friedensvertrag vorbehalten worden sei. Unter Freunden wolle er sagen, daß er von einem Friedensvertrag mit Deutschland überhaupt nichts halte. 110 Länder hätten mit uns im Krieg gestanden,⁵ einige, etwa Uruguay, ab 1. Mai 1945!

Präsident Bush wirft ein, die Sowjetunion habe es im Pazifik nicht anders gemacht.

Der Bundeskanzler fährt fort, jetzt komme es darauf an, den Polen Sicherheit hinsichtlich ihrer Westgrenze zu geben.

Wenn man heute über die Einheit Deutschlands spreche, dann gehe es um drei Einheiten: die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Berlin (Exkurs: Sonderstatus, Rolle der Alliierten).

Auch im polnischen Interesse müsse es liegen, daß eine völkerrechtlich verbindliche Entscheidung über die Grenze in Form eines Vertrages zustande komme, den eine gesamtdeutsche Regierung aushandele und ein gesamtdeutsches Parlament ratifiziere. Er – der Bundeskanzler – könne hingegen nur für die Bundesrepublik Deutschland handeln, und dies sei bereits geschehen.

Um nun eine Lösung zu finden, müsse man in den nächsten Monaten hart arbeiten, damit man die Erwartungen der Polen befriedigen könne, und zwar in einem Prozeß, der irreversibel sei. Kurzum: Die Grenze sei nicht das Problem.

Allerdings sehe er ein anderes Problem, daß die Polen, aber auch andere aufbringen könnten: Reparationen. Dies sei für ihn inakzeptabel! Die Bundesrepublik Deutschland habe bisher 100 Mrd. DM an Wiedergutmachung an einzelne Personen oder an Staaten, etwa Israel, ge-

4 Vermerk über das Telefongespräch in der Registratur des Bundeskanzleramtes nicht zu ermitteln.

5 Dazu „Gesamtübersicht über Daten, Formen und Wirkungen der Beendigung des Kriegszustandes“ in: Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. Bearb. mit einer Studiengruppe des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht von Hermann Mosler/Karl Doehring (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, begründet von Viktor Bruns, hg. von Hermann Mosler. 37). Köln-Berlin 1963, 441–453.

zahlt. Auch Polen seien in der 1970er Jahren große Summen zugeflossen, die von dem korrupten Regime verschleudert worden seien, statt den Menschen zugute zu kommen. Nun könne man nicht 50 Jahre nach dem Krieg noch einmal mit Reparationen anfangen.

AM Baker erkundigt sich, ob MP Mazowiecki Reparationsforderungen gestellt oder angedeutet habe.

Der Bundeskanzler antwortet, zwar MP Mazowiecki nicht, aber die polnische Innenpolitik verlange dies (Exkurs: jüngste Leistungen an Polen, u. a. Jumbo-Teilerlaß). Wolle man nunmehr erneut mit Reparationen anfangen, so müsse er – der Bundeskanzler – klar sagen, daß dies innenpolitisch nicht durchzuhalten sei. Dies könne niemand den Deutschen erklären! Der Bundeskanzler wendet sich sodann dem Thema „2 plus 4“ zu. Engste Abstimmung und Zusammenarbeit mit den USA sei hierbei besonders wichtig. Dann müsse man mit den zwei westlichen Partnern reden und schließlich mit der Sowjetunion. Er sei strikt gegen Erweiterung der 2-plus-4-Runde. Gleichwohl halte er es für möglich, in engster Abstimmung mit den USA eine besondere Lösung für Polen zu suchen. Dabei könne es nicht um Teilnahme, sondern nur um Konsultationen gehen. In der Tat sei Polen wegen seiner Grenze in einer einzigartigen Lage, deshalb bestehe auch nicht die Gefahr eines Präzedenzfalles. Er – der Bundeskanzler – wolle MP Mazowiecki helfen, denn er sei [ein] Glücksfall, was nach ihm komme, werde sicher nicht besser. Aber was er wolle, gehe so nicht: zunächst 2 plus 5, nunmehr 2 plus 4 plus 1.

Tatsächlich solle man strikt bei 2 plus 4 bleiben, aber überlegen, wie man den psychologischen Druck auf Mazowiecki mindern könne. Dabei wisse er – der Bundeskanzler – sehr wohl, daß es auch in USA viele national motivierte Polen gebe.

Man müsse auch das Interesse GS Gorbatschows sehen: In Wahrheit wolle er nicht, daß die Polen die Diskussion über ihre andere Grenze begönnen, insbesondere nicht, wenn sich in den baltischen Staaten Veränderungen ergeben.

Im übrigen gebe er Staatspräsident Mitterrand Recht, der ihm gegenüber letzte Woche⁶ die Grenzen als „Schande für die Zivilisation“ bezeichnet habe. Leider aber seien sie Realität. Man könne nicht immer wieder Rechnungen aufmachen, sondern müsse endlich darüber hinwegkommen. Damit habe er – der Bundeskanzler – zu Hause durchaus Probleme, er müsse es aber tun, und zwar unter Beachtung der Psychologie nach beiden Seiten.

Etwas ganz anderes sei die Haltung der Linken bei uns: Obwohl sie genau wüßten, daß im Prinzip alle dieser Meinung seien, trieben sie die Frage innenpolitisch hoch in der Hoffnung, daß seine Partei rechtskonservative Wähler verliere. Motiv dieser Haltung sei wahrlich nicht Liebe zu Polen! Wenn in diesem Jahr keine Wahlen wären, wäre das Thema mit Sicherheit nicht so präsent.

Im übrigen habe Polen 1953 „gegenüber Deutschland“ auf Reparationen verzichtet.⁷ Davon wolle man in Warschau offenbar heute nichts mehr wissen.

Der Bundeskanzler stellt zusammenfassend fest: Er sei guten Willens und werde eine Lösung finden. Es gehe nicht um die Sache – diese sei klar –, sondern um die Prozedur. Er wisse nicht, wann ein gesamtdeutsches Parlament gewählt werde – viele glaubten 1990, er glaube eher 1991 – dann aber werde man in dieser Frage Ruhe bekommen.

Sicherheitsberater Scowcroft fragt nach den Zeitvorstellungen des Bundeskanzlers hinsichtlich der Grenzfrage.

Der Bundeskanzler erwidert, man müsse in diesem Jahr die 2-plus-4-Verhandlungen abschließen, sonst würden viele versuchen, das Thema auf den KSZE-Gipfel zu schieben. Wichtig aber sei, daß die 2 plus 4 vorher zu Ergebnissen kämen.

Auf Frage von AM Baker präzisiert der Bundeskanzler, der KSZE-Gipfel könne ein Ergebnis „zustimmend zur Kenntnis nehmen“ bzw. „nach Art eines alten Bischofs den Segen geben“.

6 Nr. 187.

7 Nr. 92 Anm. 9.

AM Baker sieht hinsichtlich des „Segens“ der KSZE kein Problem.

Der Bundeskanzler wendet sich sodann Sicherheits- und Bündnisfragen zu. Er wolle gleich vorab sagen, daß wir an Atomwaffen nicht interessiert seien – dies wäre tödlich für die Beziehungen zu unseren Nachbarn. Es gebe bei uns auch keinerlei ernsthaft Bestrebungen in diese Richtung.

Sodann sei für uns wichtig, daß das geeinte Deutschland Mitglied der NATO sei. Dies müsse man definieren. Man werde Übergangszeiten brauchen. Es sei nicht denkbar, daß NATO-Einheiten auf das Territorium der jetzigen DDR gingen, auch nicht Einheiten der Bundeswehr, die nicht der NATO angehören.

Übergangsregelungen brauche man auch hinsichtlich der 380000 sowjetischen Soldaten, die allerdings nach Wien I bereits auf die Hälfte reduziert werden müßten. Selbst wenn GS Gorbatschow diese Truppen schneller abziehen wolle, brauche er Zeit, um in der SU für Unterbringung usw. zu sorgen. Nur eins gehe nicht: daß die sowjetischen Truppen unbegrenzt dablieben.

Eine offene Frage sei auch, was mit der NVA geschehe – bereits jetzt habe die Bundeswehr Bewerbungen von Offizieren und Mannschaften.

Hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands habe die USA von der „NATO-Jurisdiktion“ gesprochen – was bedeutet dies konkret für die militärische Integration? Für uns sei wichtig, daß kein Sonderstatus für Deutschland herauskomme. Er habe GS Gorbatschow eindringlich gesagt, eine Isolierung Deutschlands – außerhalb der NATO – sei für ihn unannehmbar, weil dies eine Wiederholung der katastrophalen Politik von 1918 bedeuten würde. Das Gegenteil müsse der Fall sein. Deutschland müsse in das „Haus Europa“ hinein, nicht heraus.

Schließlich spricht der Bundeskanzler die nukleare Komponente an.

Zusammenfassend betont der Bundeskanzler, für die künftige Sicherheit Europas sei entscheidend, daß Deutschland in der NATO bleibe und die USA präsent seien – dies ergebe sich schon aus der Geographie: Von Berlin seien es bis zur sowjetischen Grenze ca. 800 km, bis nach USA das 10fache.

Präsident Bush betont die amerikanische Entschlossenheit, auch in Zukunft involviert zu bleiben. Allerdings stehe er unter Druck, das Niveau der amerikanischen Streitkräfte abzusenken und die Verteidigungsausgaben insgesamt bedeutend zu kürzen.

Dabei frage man ihn: Wer ist der Feind? Er antwortete: Ungewißheit über die künftige Entwicklung, Apathie, falsche Sicherheitsgefühle. Deshalb werde er sich im Kongreß weiterhin für ein bedeutendes Niveau der Verteidigungsausgaben einsetzen.

...⁸

Der Bundeskanzler wirft ein, er frage sich, ob man die Diskussion so lange aufhalten könne. AM Baker macht auf die Beschlußlage im Bündnis aufmerksam: Entscheidung über Lance-Nachfolge 1992 und amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über SNF, sobald Wien-I-Implementierung beginnt.

Der Bundeskanzler betont, hinsichtlich der Lance müsse auf jeden Fall der Eindruck vermieden werden, als handelten die USA auf Druck der öffentlichen Meinung zu Hause und in Europa. Vielmehr solle der Präsident auch in dieser Frage die Führerschaft behalten.

Das Konzept, daß das geeinte Deutschland in der NATO bleibe – so der Präsident weiter –, sei für die USA sehr wichtig. Er unterstütze ausdrücklich die Haltung des Bundeskanzlers. Die Idee, es könne noch ein weiteres Frankreich im Bündnis geben, wolle er lieber nicht diskutieren. Er unterstütze volle NATO-Mitgliedschaft – nur dies sei der stabilisierende Faktor, den Europa brauche.

8 Zwei Sätze nicht freigegeben.

Auch werde sein Land **Truppen in Deutschland** beibehalten. Mit der Zahl 195 000 habe man ein Niveau, das man nach Unterzeichnung des Wien-I-Vertrages halten könne. Aber er stehe unter Druck des rechten und linken Flügels des Kongresses, insbesondere wenn die Sowjetunion ihre Truppen weiter stark vermindere.

Dabei besorge ihn, daß man in Polen jetzt darüber spreche, die Sowjets im Lande zu behalten, weil man sich um die polnischen Grenzen Sorge. Dieser Meinung wolle er nicht nur Lippenbekenntnisse entgegenhalten. Tatsache sei, daß die sowjetischen Truppen in Polen nicht erwünscht seien. Wenn man ihnen jetzt einen neuen Zweck beilege, sei dies für ihn nicht akzeptabel.

Er stimme dem Bundeskanzler voll und ganz zu, daß die USA und die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Zukunft Europas eine Schlüsselrolle spielten. Dies sei auch Sinn dieses Treffens in Camp David.

Tatsache sei aber, daß die europäischen **Verbündeten** in diesen Fragen Ängste und Sensibilitäten hätten. Manchmal habe man vergessen, insbesondere die kleineren zu konsultieren. Deshalb müsse man aufs engste in Verbindung bleiben: Man wolle nicht, daß die USA und D einander überraschten, und man müsse sich insbesondere mit den Partnern abstimmen. Ganz offen wolle er anfügen: Anlässlich der Ottawa-Konferenz⁹ habe BM Genscher den Italienern ziemlich unverblümt gesagt, daß für sie kein Platz am 2-plus-4-Tisch sei.¹⁰ Dies habe nicht nur It, sondern auch andere auf den Plan gerufen und den Eindruck eines „insensitiven“ Deutschlands hervorgerufen. Gerade deshalb müsse man jeden Eindruck vermeiden, daß USA und D über die Zukunft Europas entschieden.

Der **Bundeskanzler** betont, er sei an engsten **Konsultationen** interessiert (u. a. Treffen in Pisa mit MP Andreotti, MP Lubbers, MP Martens¹¹ usw.). ...¹²

Er sehe durchaus auch die Schwierigkeiten anderer europäischer Staaten: Die Karten in Deutschland würden neu gemischt, in der SU ergäben sich große Veränderungen. Viele hätten Schwierigkeiten mitzukommen. In der Sache aber sei er mit dem Präsidenten einig: Man müsse die „Mund-[zu-]Mund-Beatmung“ verstärken. Daß sich dies lohne, zeige – nach dem Pisa-Treffen – die betont positive Haltung von MP Andreotti zur deutschen Einheit.

Auch mit Staatspräsident Mitterrand stehe er in engstem Kontakt – und dieser stehe in der Sache eisern zu ihm. (Exkurs: Haltung der Franzosen zur deutschen Einheit: Volk – politische Klasse – Präsident.)

Kopenhagen sei auch ein nicht einfacher Fall – aber er werde dort den Dialog führen ebenso wie mit Norwegen, Schweden und Finnland.

Erfreulich positiv sei die Haltung der Tschechoslowakei und Ungarns.

In NL gebe es größere Probleme und natürlich in GB. Die Haltung von PM Thatcher könne man wohl nicht verändern. ...¹³

Präsident **Bush** wirft ein, in der Tat lebe Frau Thatcher in der Geschichte. Anders die USA: Sie fürchteten keine Geister aus der Vergangenheit und glaubten auch nicht, daß die Deutschen ewig büßen müssen.

9 Nr. 175 Anm. 5 und Nr. 177 Anm. 3.

10 Bundesminister Genscher wehrte in Ottawa das Verlangen des italienischen und des niederländischen Außenministers, als NATO-Partner müßten sie an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beteiligt werden, mit dem Hinweis ab, sie gehörten nicht zu den „vier für Deutschland verantwortlichen Mächten“, und schloß mit den Worten: „You are not part of the game!“ (Genscher, Erinnerungen, 728f.).

11 Die Begegnungen fanden im Rahmen eines Treffens führender Christdemokraten der Europäischen Volkspartei am 17. Februar 1990 in Pisa statt.

12 Ein Satz nicht freigegeben.

13 Ein Satz nicht freigegeben.

Dennoch müsse man die Ängste der anderen ausschalten und die Leute aufs engste konsultieren. So habe er vor dem Besuch des Bundeskanzlers PM Thatcher angerufen und ihr eine gute Stunde zugehört¹⁴ ... Es gehe um die berühmte „Extra-Meile“ an Konsultationen!

Der Bundeskanzler betont, viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland fragten sich, warum die Tatsache, daß unser Land 40 Jahre treu als Bündnispartner gedient habe, nunmehr nicht in Rechnung gestellt werde. Aber es helfe nichts, hier allein mit logischen Argumenten zu kommen.

Präsident Bush versichert, die USA seien bereit – ja hätten die Verpflichtung –, hier zu helfen. Sein Land sei 45/50 Jahre in Europa engagiert gewesen. Man könne mit Fug und Recht sagen, Deutschland habe seine Pflicht getan. Auch in Zukunft wolle man volle NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands.

Auch er bestätige, daß Konsultation sich lohne: So habe PM Thatcher ihm gesagt, jeder akzeptiere die deutsche Wiedervereinigung – noch vor drei oder sechs Monaten hätte sie dies nicht so gesagt. Allerdings füge sie auch heute noch hinzu, jeder sei über die Ungewißheiten besorgt. Gerade das Konzept „Deutschland voll in der NATO“ könne dagegen helfen.

Im übrigen seien die USA nicht bereit, polnische Reparationsforderungen in Betracht zu ziehen (countenance). Über die Behandlung der polnischen Grenzfrage müsse man allerdings sprechen. Der Bundeskanzler habe von „Grenze, wie sie ist“ gesprochen – je klarer er hier sei, desto weniger Probleme ergäben sich für die deutsche Wiedervereinigung insgesamt. Zu den Nuklearwaffen wolle er – der Präsident – betonen, daß sie wesentlicher Teil der amerikanischen Militärpräsenz in Europa und Deutschland seien und dies in stabilisierender Rolle. Der Bundeskanzler habe vielleicht in dieser Frage Druck – wenn man aber [die] amerikanischen Nuklearwaffen aus D zurückziehe, dann gebe es kein Argument, andere NATO-Partner zu überzeugen, weiterhin Nuklearwaffen zu behalten. Deshalb müßten, solange die Ungewißheit, von der er gesprochen habe, andauere, amerikanische Nuklearwaffen präsent bleiben. In amerikanischer Sicht gebe es eine klare Querverbindung zur Frage der konventionellen Truppen, die „boys over there“ könnten nur mit nuklearer Garantie sicher sein. Sei deren Stationierung nicht mehr sicher, werde man in Zukunft die Unterstützung für amerikanische Truppenpräsenz verlieren.

Hinsichtlich der 2-plus-4-Formel müsse man darüber sprechen, in welchem Stadium man über was rede. Die SU werde versuchen, über den Vier-Mächte-Mechanismus ein Deutschland nach ihrem Gusto zu schaffen. Hier machten die USA nicht mit: Der 2-plus-4-Mechanismus dürfe nicht dem Dialog der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR über die Art der Vereinigung im Wege stehen. Ein zu frühes Engagement auf dieser Ebene (sc. der vier) könnte zu sowjetischen Einmischungen führen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland allerdings zuerst mit der DDR spreche, sei dies gut. Er habe heute gegenüber PM Thatcher gesagt, in der 2-plus-4-Runde solle man über Wege für die Aufgabe der Vier-Mächte-Rechte und -Pflichten sprechen, hingegen wolle er nicht über die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO in diesem Kreise sprechen.

Der Bundeskanzler fragt AM Baker, welchen Eindruck er in dieser Frage aus seinem Gespräch mit GS Gorbatschow mitgebracht habe.

AM Baker bestätigt seinen Eindruck, daß GS Gorbatschow und AM Schewardnadse eine amerikanische Truppenpräsenz als stabilisierend ansehen und deren Verbleib wollten. Eine deutsche NATO-Mitgliedschaft könnten sie allerdings nicht aktiv unterstützen, würden sie aber am Ende durchaus akzeptieren. Seit seinem Besuch habe es allerdings verschiedene Erklärungen aus der SU gegeben, die er als Eröffnungszüge in einem Spiel interpretiere.

14 Das Telefongespräch fand vermutlich am 24. Februar 1990 statt (Thatcher, Downing Street No. 10, 1105f.; abweichende Angabe bei Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, 291f. und 575 Anm. 22).

Präsident Bush betont, er wolle die volle NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, verknüpft mit der amerikanischen Möglichkeit, amerikanische Streitkräfte in Europa und D aufrechtzuerhalten.

Der Bundeskanzler pflichtet bei. Er wolle die Präsenz der USA und ihrer Streitkräfte in Europa nicht nur aus militärischen Gründen, sondern auch aus den früher genannten. Wenn man die Welt im Jahre 2000 ansehe, dann werde die Truppenfrage relativ an Bedeutung verlieren. Aber die USA sollten dann nichtsdestoweniger in Europa und Deutschland sein – dies bedeute auch, daß er jedem Versuch, eine Festung Europa zu schaffen, energisch entgegenzutreten werde.

AM Baker fährt fort, er habe in Moskau die NATO als Raison d'être für die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa bezeichnet. Wenn man also fortbestehende Truppenpräsenz wolle, dann müsse man verstehen, daß dies nur als Teil der NATO gehe. Amerikanische Truppen gebe es auch nur auf dem Staatsgebiet von NATO-Vollmitgliedern.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Was die Sowjets jetzt sagten, gehöre zum Verhandlungsspekter. Am Ende werde die Frage nach Bargeld stehen. Er sage ganz offen: Die SU habe Abmachungen mit der DDR über die Bezahlung der dort stehenden Truppen. Irgendwann würden die Sowjets deshalb sagen: „Wenn man zu einer Vereinbarung kommen will, müssen wir Unterstützung bekommen.“ Natürlich rede Moskau über diese Frage nicht – dies gehöre zur nationalen Ehre.

Präsident Bush berichtet aus seinem Gespräch mit Staatspräsident Havel,¹⁵ der ihm gesagt habe, der Truppenrückzug aus der ČSSR werde für die Sowjets teuer. Man müsse Wohnungen und Arbeitsplätze schaffen und für die Familien sorgen.

Anknüpfend an das Tischgespräch betont Präsident Bush, die USA hätten großes Interesse, daß GS Gorbatschow Erfolg habe. Deshalb wolle man den bevorstehenden Gipfel USA-SU¹⁶ zum Erfolg machen, insbesondere auf dem Gebiet der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle, und zwar zu einem Erfolg, den GS Gorbatschow auch nach innen vorzeigen könne. So hoffe er noch in diesem Jahr auf einen START-Vertrag¹⁷. Wenn man ein erstes KSZE-Abkommen unterschriftsfertig bekomme, könne man auf einem KSZE-Gipfel unterschreiben.

Nehme man alles zusammen, so komme man zur Schlußfolgerung, daß die SU nicht in einer Position sei, dem Westen diktieren zu können, ob Deutschland in der NATO bleibt oder nicht. Man werde der SU Achtung zollen, ihr bei der Gesichtswahrung helfen. In diesem Zusammenhang wolle er seine Sorge wiederholen, daß einige Leute sagten, die Sowjets sollten wegen der deutschen Wiedervereinigung bleiben. Bei aller Unterstützung der Sowjets dürfe man ihnen nicht erlauben, „den Sieg aus den Klauen der Niederlage zu reißen“. In dieser Hinsicht gebe es im US-Kongreß wilde Überlegungen, insbesondere um die Verteilung der sogenannten Friedensdividende in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar oder mehr.

Der Bundeskanzler betont, für ihn komme eine zeitlich begrenzte Stationierung sowjetischer Truppen in Deutschland in Frage, allerdings als Ausfluß unserer Souveränität.

Präsident Bush fragt, warum der Bundeskanzler diese Truppen behalten wolle.

Der Bundeskanzler erwidert, von „wollen“ könne keine Rede sein – es werde aber notwendig sein, denn GS Gorbatschow könne nicht 380000 Mann über Nacht abziehen, vielmehr brauche er eine Stufenlösung.

Präsident Bush pflichtet bei. Es dürfe jedenfalls nicht zu einer Verknüpfung kommen in der Gestalt, daß bei Abzug aller sowjetischen Truppen auch die Amerikaner gehen müßten (Ex-

15 Präsident Bush und Präsident Havel äußerten sich zu ihren Gesprächen am 20. Februar 1990 in Washington (D.C.) vor der Presse (Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 241–243).

16 Nr. 299 Anm. 2.

17 Nr. 46 Anm. 6.

kurs: Ausführungen AM Bakers vor dem Auswärtigen Ausschuß des Obersten Sowjets zur Rolle der US-Marine)¹⁸.

Präsident Bush präzisiert die amerikanischen Vorstellungen zum KSZE-Gipfel: Man werde teilnehmen, wenn ein Wien-I-Abkommen unterschrieben werden könne. Dann wolle man gleichzeitig alle Körbe durchgehen, insbesondere auch den Menschenrechtskorb (der Bundeskanzler pflichtet nachdrücklich bei).

Präsident Bush fährt fort, den USA gehe es um Verankerung des Rechts auf freie Wahlen, um der Reformbewegung in den Staaten Osteuropas einen weiteren Antrieb zu geben. Gerade jetzt dürfe man nicht aufhören, über ihren Weg zur Demokratie zu reden.

Ein KSZE-Gipfel könne auch 2-plus-4-Arrangements „ratifizieren“, aber er sollte sich nicht auf Deutschland konzentrieren.

Die KSZE selbst solle – entgegen manchen Meinungen, die man in Europa höre – nicht die NATO als Herz der amerikanischen Abschreckung und als Rechtfertigung amerikanischer Truppenpräsenz ersetzen. Wähle man diese eher unklare Form, werde er zu Hause Probleme bekommen.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Der KSZE-Gipfel solle nicht zu einem Deutschland-Forum gemacht werden. Auf jeden Fall aber werde Präsident Bush mit GS Gorbatschow vorher, im Sommer 1990, zusammentreffen und in der Abrüstung wesentliche Fortschritte erzielen. Im übrigen sei er mit der vom Präsidenten vorgeschlagenen KSZE-Gipfel-Tagesordnung einverstanden.

AM Baker erkundigt sich nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers zu den nächsten prozeduralen Schritten, insbesondere zum Beginn des 2-plus-4-Prozesses.

Präsident Bush erbittet eine Analyse der politischen Lage in der DDR vor den Wahlen, insbesondere auch zu den Wahlchancen der Sozialdemokraten. Was könnte deren evtl. Wahlsieg für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten?

Der Bundeskanzler bekräftigt sein Bild von den zwei Schienen – der innerdeutschen Gespräche und der internationalen Einbettung. Deshalb sei es auch ungeheuer wichtig, daß alle Abrüstungsgespräche mit den Sowjets konsequent fortgesetzt würden. Auf keinen Fall dürfe es zu einem Eindruck kommen, wegen der deutschen Frage stoppe die Abrüstung.

Des weiteren werde er massiv die europäische Integration vorantreiben. Er habe einen EG-Sondergipfel Ende April mit angeregt.¹⁹

Ferner müsse man sehr klar mit den Sowjets reden: Insbesondere sollte man von amerikanischer Seite ungeachtet der 2-plus-4-Diskussion direkt die Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands weiter besprechen. Dies müsse natürlich diskret geschehen. Wichtig sei aber, den Sowjets zu vermitteln, daß die USA und die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage völlig klar und einig seien. Vielleicht würden die Sowjets sogar den USA den Preis eher nennen als ihm – dem Bundeskanzler.

AM Baker unterstreicht die Notwendigkeit, daß beide – USA und D – jetzt starke öffentliche Signale im Sinne einer vollen NATO-Mitgliedschaft aussenden.

Präsident Bush sieht die Gefahr, daß die Sowjets versuchen, den USA in der Frage der deutschen Wiedervereinigung Verbündete abspenstig zu machen.

Der Bundeskanzler betont erneut, die Sowjets seien im Grunde ganz froh, wenn die Deutschen in der NATO seien. Sie hätten nicht das Problem, daß andere mit dieser Frage hätten – aber sie wollten einen Preis.

Präsident Bush wirft scherzhaft ein, der Bundeskanzler habe große Taschen!

18 Im Anschluß an eine Rede vor dem Ausschuß für Internationale Angelegenheiten des Obersten Sowjets der UdSSR am 10. Februar 1990 (Amerika Dienst. Nr. 6. 14. Februar 1990, 3 S.) beantwortete Außenminister Baker „über eine Stunde lang“ Fragen der Ausschußmitglieder (Baker, Drei Jahre, die die Welt veränderten, 184).

19 Nr. 181, insbes. Anm. 4.

Der Bundeskanzler fährt fort, hinsichtlich der 2-plus-4-Formel müsse man in nächster Zeit eng zusammenarbeiten. Die Bundesrepublik Deutschland werde nach der Volkskammerwahl mit der DDR sprechen und dabei die USA ganz eng informiert halten. Natürlich werde auch die SU versuchen, auf die neugewählte DDR-Regierung Einfluß zu nehmen. Dies müsse man abfangen, indem man jeden Schritt miteinander bespreche, zunächst mit den USA, dann im Vierer-Kreis, d.h. unter Hinzunahme von GB und F.

Zur innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wolle er sagen, daß die Menschen stark für die Wiedervereinigung seien – dies helfe ihm sehr –, gleichzeitig aber Ängste hegten, daß zu viele Opfer auf sie zukommen könnten. Es seien die typischen Probleme einer Wohlstandsgesellschaft. In Wahrheit seien die Opfer und Kosten nicht sehr groß, insbesondere wenn man sie in Verhältnis zu den Aufwendungen für die Abnormität setze; so koste uns die Trennung große Summen, allein Berlin 22 Mrd. DM, die Zonenrandprivilegien usw. noch einmal 30 Mrd. DM jährlich. Wenn man dies in die Zukunft projiziere, sei die Abnormität teurer als die Einheit, diese jedoch das wirtschaftlich Vernünftige und am Ende ein großes Geschäft.

Hinsichtlich der Wahlen in der DDR müsse man mit Prognosen außerordentlich vorsichtig sein, da dort seit 1932 keine freien Wahlen mehr stattgefunden hätten.²⁰ Ein damals wahlberechtigter 21-jähriger sei heute 79 Jahre alt! Nach 1932 habe es 12 Jahre Nazi-Herrschaft und über 44 Jahre das „Rote Regime“ gegeben. Dies habe die Menschen geprägt und die soziologische Struktur des Landes total verändert. Heute gebe es keinen Mittelstand, keine reichen Leute (Exkurs: Chefarztgehälter in Krankenhäusern). Selbst der heute angeprangerte Wohlstand der Funktionäre sei bei uns Normalmaß des Mittelstandes. Soziologisch sei die DDR in der Tat ganz überwiegend Arbeiter- und Bauernstaat. Jetzt komme das Element der Marktwirtschaft – auch dies verändere das Wahlverhalten. So sei sein Eindruck, daß diese erste Wahl nicht typisch sein werde, man vielmehr 2–3 weitere Wahlen brauche, bis sich die Situation geklärt habe (Exkurs: Nachkriegsentwicklungen der Bundesrepublik Deutschland). Botschafter Blackwill fragt, ob der Bundeskanzler davon ausgehe, erst die Bundestagswahlen im Dezember d.J. zu bestehen und dann im nächsten Jahr gesamtdeutsche Wahlen.

Der Bundeskanzler betont, er brauche die Bundestagswahlen aus den vorher diskutierten Gründen. Wähle man 1990 nicht, gerate man unter Zeitdruck – und er habe das Gesetz des Handelns nicht mehr in der Hand. Im Grunde tue er dasselbe wie 1983: Damals habe er die Bundestagswahl vorgezogen und dann stationiert. Hätte er dies nicht getan, wäre ihm bei Stationierung entgegengehalten worden, er habe dazu kein Mandat.

Ein weiterer wichtiger Grund sei, daß die jetzt zu bildende DDR-Regierung viele unangenehme Dinge tun und sagen müsse. Man dürfe ihr diese Entscheidungen nicht abnehmen und den Eindruck entstehen lassen, Bonn wisse alles besser. Diese Entscheidungen seien insbesondere im Gebiet der Wirtschaft und des Umweltschutzes zu treffen (Exkurs: Zustand der KKW und der chemischen Industrie in der DDR).

AM Baker fragt nach einem Szenario, wonach bei Wiederherstellung der Länder in der DDR die Wiedervereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen werde.

Der Bundeskanzler betont, auch in diesem Fall müsse in den DDR-Ländern erst gewählt werden, und selbst dies zwingt ihn nicht, gesamtdeutsche Wahlen auf 1990 vorzuziehen. So ergebe sich sein „Idealfahrplan“: im März Volkskammerwahlen, dann im Mai/Juni Kommunalwahlen, dann Wiederherstellung der DDR-Länder, hingegen gesamtdeutsche Wahlen erst 1991.

All dies setze aber voraus, daß man die Währungsunion jetzt voranbringe. Leute, die glauben, daß es am einfachsten wäre, wenn die DDR alles aus der Bundesrepublik Deutschland

20 Nr. 186 Anm. 5.

übernehme, begingen einen großen psychologischen Fehler. Denn die Menschen in der DDR müßten an der Lösung der unendlich schwierigen Probleme selbst beteiligt werden. Der Bundeskanzler erläutert sodann das Parteienspektrum in der DDR. Die SED habe sich zwar umbenannt und ein Programm mit Punkten wie Pluralismus usw. angenommen, gleichwohl müßte man davon ausgehen, daß sie mit der SU weiterhin in gutem Kontakt stehe, insbesondere auch auf der Schiene der Sicherheitsdienste. Es gebe Hinweise, daß MP Modrow den Auslandsnachrichtendienst pauschal an die SU weitergegeben habe. (Exkurs: Markus Wolf in Moskau!)

In der DDR seien Meinungsumfragen außerordentlich schwierig, jedoch schätze er – wie übrigens auch der ungarische MP Németh –, daß die SED/PDS keine 10% der Stimmen bekommen werde.

Anders die Sozialdemokraten: Sie hätten bereits 1945–1947 in den südlichen Regionen eine starke Position gehabt. Unter Anknüpfung daran gelinge es der Partei jetzt, starke Emotionen zu wecken.

Unter den sogenannten Blockparteien seien nur die Liberalen und die Christlichen Demokraten von Bedeutung. Sie seien unter massivem Druck gleichgeschaltet worden – es habe dabei eine hohe Zahl von Opfern gegeben –, aber der erzwungene Dienst am Regime habe die Leute geprägt – nunmehr seien diese Parteien erneuert worden.

Von den neuen Parteien würden gewiß nicht alle überleben – hier werde erst ein längerer Prozeß nach der ersten Wahl Klarheit bringen.

Insgesamt ergebe sich aus diese Lage, daß in der DDR-Wahl zwei Leute wichtig seien: Willy Brandt, der noch vor zwei Jahren von „Wiedervereinigung – Lebenslüge der Zweiten Republik“ gesprochen habe,²¹ und er selbst. Er selbst habe keine Probleme mit früheren Reden und sei immer für die deutsche Einheit eingetreten. Jedoch könnten seine Weggenossen fußstärker sein ... (Exkurs: eigene Wahlveranstaltungen in der DDR, Wahlkampfunterstützung).

21 Brandt hatte in einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. September 1988 in Bonn gesagt (Manuskript „40 Jahre Grundgesetz – Hoffnung und Verpflichtung“ mit hs. Korrekturen Brandts, 48 S., hier 32–35; Vorstand der SPD, Archiv/Dokumentation. Auszüge der Rede unter dem Titel „Ein ‚Notdach‘, unter dem der Rechtsstaat sich entwickeln konnte“, in: Frankfurter Rundschau. 44. Jg. Nr. 215. 15. September 1988, 8), er komme zu einem „Mißverständnis, wenn wir es denn, weil das Eingeständnis von Realitätsverlust auf diese Weise nicht so wehtut, so nennen wollen: Wir haben lange so getan, ich auch, aber unser höchstes Gericht länger, als ich begreifen kann, als verpflichtete uns das Grundgesetz zur Wieder-Vereinigung [,Wieder..‘ ms. unterstrichen].“ In Wirklichkeit spreche die Präambel des Grundgesetzes von der Verpflichtung des gesamten deutschen Volkes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Die „Einheit zu beschwören“ sei „mehr als eine Fiktion“ gewesen. Von Anbeginn habe „es eine erhebliche Verwirrung der Begriffe gegeben, und damit wurde aus Einheit Wiedervereinigung [,Wieder..‘ ms. unterstrichen], als ob die Geschichte und die europäische Wirklichkeit für uns die Anknüpfung an das Bismarck-Reich bereithielte. Oder als ob sich das ganze Problem darauf reduziere, wie sich der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland vollziehen lasse oder vollziehen werde.“ Er, Brandt, habe es, „wie der Begriff Wiedervereinigung im Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Grundlagenvertrag in Anspruch genommen“ worden sei, „in der Tat für wirklichkeitsfremd und schon deshalb nicht für hilfreich gehalten. Ich meine die Vorstellung vom Reich, das nur vorübergehend nicht ‚handlungsfähig‘ sei. Und den qualitativen Vergleich zwischen der Grenze zur DDR und Grenzen zwischen den Bundesländern.“ Mit der „Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches“ hätten „auch wir uns den Umgang mit dem Problem der deutschen Einheit gewiß nicht leichter gemacht. Vollends durch den Kalten Krieg und seine Nachwirkungen gefördert“, wäre „die Hoffnung auf ‚Wiedervereinigung‘ [,Wieder..‘ ms. unterstrichen] geradezu zu einer Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik“ geworden. Unter Rückgriff auf die Rede nahm Brandt den Satz in seinen 1989 erschienenen Memoiren in leicht veränderter Form auf (Brandt, Erinnerungen. 1. Aufl. September 1989, 4. Aufl. Januar 1990, 156 f.): „Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, gerann die ‚Wiedervereinigung‘ zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ Auf dem Gründungsparteitag der SPD in der DDR am 24. Februar 1990 in Leipzig rechtfertigte Brandt seine Äußerung: „Dem Wahrheitsgebot zuwider ... möchte man mir anhängen, ich hätte von der deutschen Einheit als einer Lebenslüge gesprochen. Tatsächlich warnte ich vor schädlichem Umgang mit dem Wort Wiedervereinigung [,Wieder..‘ kursiv gedruckt]; davon ist übrigens in der Präambel zum Grundgesetz der Bundesrepublik nicht die Rede. Bei mir war und ist davon die Rede, daß nicht wieder [,wieder‘ kursiv gedruckt] wird, wie es einmal war: Kein Weg führt zurück zum Reich. Auch nicht zu den Grenzen von 1937 ...“ (Willy Brandt, „... was zusammengehört“. Über Deutschland. 2. völlig überarbeitete und erweiterte Aufl. Bonn 1993, 84–93, hier 91).

Präsident Bush erkundigt sich nach der Haltung der Bonner Opposition: insbesondere Kritik von MdB Vogel und MP Lafontaine an der Wiedervereinigungspolitik und der Behandlung der DDR.

Der Bundeskanzler bestätigt, in der Tat werde er kritisiert, weil er MP Modrow nicht die von ihm erbetenen 16 Mrd. DM zugesagt habe. Aber es sei eine Illusion, damit seien Leute in der DDR zurückzuhalten. Die beste Garantie für ihr Verbleiben sei die harte DM. Sie sei besser als 1 000 Reden (Exkurs: Kaufkraftüberhang in der DDR – keine Waren).

Präsident Bush fragt zur Haltung der Opposition hinsichtlich der deutschen NATO-Mitgliedschaft und der Präsenz amerikanischer Truppen.

Der Bundeskanzler betont, hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft seien alle einig.

AL 2 wirft ein, MP Lafontaine denke allerdings laut darüber nach, aus der militärischen Integration auszutreten.²²

Der Bundeskanzler sieht in Gedankenspielen über eine „französische Lösung“ kein großes Problem. Desgleichen nicht hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Truppen.

Ihn besorge jedoch, daß das Thema Lance-Nachfolge in den nächsten Monaten hochkomme. Auf Nachfrage von Präsident Bush ergänzt er, dies gelte für alle Parteien. Dabei werde argumentiert werden, man könne keine Waffen einführen, die zwar Rostock, Budapest und Prag, nicht aber die Sowjetunion treffen könnten. Diese Position sei nicht zu halten. Deshalb habe er vorhin gesagt, daß sie nicht unter Druck geräumt werden dürfe, sondern aufgrund freier Entscheidung der USA.

AM Baker wirft ein, ob der Bundeskanzler sie auch [für] unhaltbar halte, solange sowjetische Truppen dort stehen und selbst über nukleare Kurzstreckenwaffen verfügten.

Der Bundeskanzler betont, selbstverständlich gehe es hier um die Frage der Gegenseitigkeit. Aber der Eröffnungszug müsse von den Amerikanern kommen.

...²³

AM Baker regt an, die Presse-Behandlung der Frage der polnischen Grenze abzustimmen. Insbesondere müsse man den Eindruck vermeiden, daß der 2-plus-4-Mechanismus Jalta wiederhole.

Der Bundeskanzler pflichtet bei.

AM Baker regt an zu sagen, daß die Polen „involviert“ sein sollten, weil es um eine Frage gehe, die polnische Interessen fundamental berühre. Andererseits solle man dieses Problem nicht in Zusammenhang mit anderen Fragen bringen, die die 2 plus 4 behandelten. Denn für ihn sei wichtig, daß der 2-plus-4-Mechanismus grundsätzlich konsultativen Charakter habe. Viele Dinge müßten die Deutschen allein beschließen, über andere die vier Mächte entscheiden, insbesondere ihre Rechte und Verantwortlichkeiten und Berlin-Fragen. Das gleiche gelte auch für die Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft. Wenn allerdings fundamentale Fragen, die andere unmittelbar berührten, behandelt würden, sollte man einen Modus finden, dieses oder jenes Land in dieser speziellen Frage an den Tisch zu bitten.

Bei der Ottawa-Konferenz habe man im NATO-Caucus eine große Diskussion über die Teilnahme anderer NATO-Länder gehabt. Die USA hätten Nein gesagt, aber volle Konsultationen zugesagt.

22 Wenige Tage zuvor antwortete der stellvertretende Vorsitzende und voraussichtliche Kanzlerkandidat der SPD, Lafontaine, in einem Interview auf die Frage nach der Bündnismitgliedschaft eines vereinten Deutschland, er habe „schon vor zehn Jahren für ein selbständiges Europa und eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft votiert“ („Oskar Lafontaine: 'Nichts ist neutral'“, in: Bild. Nr. 44. 21. Februar 1990, 1, 10). Vor dem Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig bezeichnete er es am 23. Februar 1990 als „anachronistisch“ zu fordern, „ein vereintes Deutschland müsse in der NATO sein“. Wer sich zu dem „Ziel der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘“ bekenne, werde „ein europäisches Verteidigungssystem anstreben“ (Presseservice der SPD. Nr. 87/90. 23. Februar 1990).

23 Im folgenden besprochen: die Modernisierung nuklearer Kurzstreckenwaffen.

Der Bundeskanzler sagt nähere Abstimmung in der morgigen Vormittagssitzung²⁴ zu. Abschließend kündigt er an, morgen den deutsch-amerikanischen Jugendrat anzusprechen, der zu größerer Aktivität auf beiden Seiten gebracht werden müsse.²⁵ Präsident Bush erläutert das weitere Programm des Abends und des kommenden Vormittags.

Kaestner

Nr. 193
Tischgespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush
Camp David, 24./25. Februar 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 146–149. – Vermerk des VLR I Kaestner, 1. März 1990. VS-NfD.

Aus den o.a. Gesprächen halte ich fest:

1. Lage in der Sowjetunion

Präsident Bush betont starkes amerikanisches Interesse am Erfolg der Reformpolitik in der Sowjetunion und in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Die USA – und er selbst – bekundeten dies öffentlich und gingen dabei verstärkt dazu über, den Wunsch auf Erfolg auf Generalsekretär Gorbatschow persönlich zu beziehen. Er rege an, daß der Bundeskanzler sich im gleichen Sinne äußere (Pressekonferenz 25. Februar)¹.

Der Bundeskanzler bekräftigt, daß auch er dies bereits öffentlich und in Gespräch und Schriftwechsel mit GS Gorbatschow getan habe. Bei seinem Moskau-Besuch² habe GS Gorbatschow trotz des vorangegangenen ZK-Plenums entspannt und souverän gewirkt. Das Gesprächsklima sei besonders vertrauensvoll gewesen, was sich auch in der anschließenden TASS-Erklärung³ niedergeschlagen habe.

Anschließend erläutert der Bundeskanzler ausführlich die Lebensmitteltransaktion mit der Sowjetunion⁴ und hebt hervor, daß von sowjetischer Seite – nach Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens am (8.)⁵ d.M. – die in Aussicht genommenen Mengen bereits am 12. d.M. vollständig geordert worden seien. Zugleich weist er auf anstehende Transport- und Verteilungsprobleme hin.

Der Präsident lobt diese Aktion des Bundeskanzlers und erwähnt, bei der Malta-Gipfelbegegnung habe die sowjetische Seite – trotz amerikanischer Sondierung – keinerlei Hilfsbitten geäußert oder anklingen lassen.

Der Präsident bekundet seine Entschlossenheit, den für Frühsommer anstehenden bilateralen Gipfel zu einem Erfolg zu machen, insbesondere auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle, und zwar zu einem Erfolg, den GS Gorbatschow auch nach innen vorzeigen könne.

24 Nr. 194.

25 Dazu: Vermerk des Parlamentarischen Staatssekretärs Pfeifer für den Bundeskanzler, 21. Februar 1990, hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik für Camp David“, mit Anlage; BK, 212 – 30104 A 5 Am 2, BK in USA, 24./25.2.1990, Gesprächsmappen.

1 Nr. 194 Anm. 5.

2 Nr. 174 und Nr. 175.

3 Nr. 177 Anm. 11.

4 Nr. 155 Anm. 4.

5 () Von den Bearbeitern korrigiert aus: „9.“